



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2017, Bern und Thun
Vania Alleva, Präsidentin Unia

(Es gilt das gesprochene Wort)

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, spreche ich zuallererst als Gewerkschafterin zu euch, und damit als Vertreterin aller Arbeitnehmenden. Ich stehe hier, um den Wert aller Arbeit – ob bezahlt oder unbezahlt – zu betonen. Ich stehe hier, um ihre Anerkennung einzufordern. Anerkennung in Form einer gerechten Entlohnung, von guten Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit, aber auch in Form von Respekt und Würde.

Das ist heute nötiger denn je: denn es steht schlecht um die Anerkennung der Arbeit. Arbeitslosigkeit, Job-Unsicherheit, Lohndruck, prekäre Arbeitsverhältnisse, einseitige Flexibilisierung greifen um sich, in der Schweiz wie in vielen anderen Ländern. Damit verbunden sind zunehmende soziale Unsicherheit, immer extremere Ungleichheit und vielfältige Diskriminierungen.

Für immer mehr Menschen sind das reale Probleme, die das Leben schwer machen. Wie organisiere ich die Kinderbetreuung, wenn es zu wenig Hortplätze gibt und meine Firma immer mehr Flexibilität verlangt? Krankenkassenprämien für die ganze Familie schon wieder gestiegen und wieder keine Lohnerhöhung – wie soll ich das bezahlen? Schon 100 Bewerbungen und immer noch keine Lehrstelle für meine Tochter! Was mache ich, wenn ich mit 55 den Job verliere? Erhalte ich die AHV, auch wenn ich in mein Heimatland zurückkehre? Und was kann ich bei der Pensionierung überhaupt noch von der Pensionskasse erwarten?

Für diese Sorgen gibt es Ursachen. Ursachen, die man klar benennen muss. Sie sind die Folge einer falschen Politik. Einer Politik, die sich nicht um die realen Probleme der Menschen kümmert, sondern die ideologischen Glaubenssätze des Neoliberalismus hochhält:

Alle Macht dem Markt!

Heilige Standortkonkurrenz!

Staatsabbau, Steuergeschenke und Sparpolitik!

Statt Lösungen für unsere realen Probleme verabreichen uns die Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen immer nur noch mehr von der gleichen bitteren Medizin. Immer dieselben Rezepte, welche die Wirtschaft, die Gesellschaft und schliesslich die Menschen immer nur noch kränker macht. Und dabei ihren eigentlichen Zweck erfüllen: die Profitbedingungen für Banken, globale Konzerne und ihre Investoren noch weiter zu verbessern.

Denn darum geht es letztlich: Um eine schamlose Umverteilungspolitik zu Gunsten der Reichen und Superreichen. Während die Shareholdergewinne explodieren und die Spitzenmanager schamlos Millionenboni abzügeln, als hätte es nie eine Finanzmarktkrise oder eine Abzocker-Initiative gegeben, sinkt die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmenden am erwirtschafteten Wohlstand – seit Jahrzehnten. Und zwar weltweit.

Das Schlagwort der « Digitalisierung » bietet der radikalen neoliberalen Umverteilungsplänen heute neue Nahrung. Als ob die Arbeit einfach so verschwinden würde! Das tut sie zwar nicht. Allerdings

wird sie neu organisiert. Risiken und Profite werden umverteilt – zu Lasten der Arbeitnehmenden. Mit den eigentlichen technologischen Neuerungen hat das herzlich wenig zu tun. Nehmen wir das Beispiel Uber. Da tut ein globaler Konzern so, als würde eine App ein Heer von abhängig beschäftigten Taxifahrern auf miraculöse Weise in selbständige Kleinunternehmer verwandeln. Wenn Konzerne vom Typ Uber diese Logik durchsetzen und damit bestehende Regulierungen und Schutzbestimmungen aushebeln, verwandeln sie Arbeitsverhältnisse in Ausbeutungsverhältnisse. Und statt wenigstens auf den geltenden Gesetzen zu beharren, verteidigt unser zuständiger Bundesrat und Wirtschaftsminister solche Machenschaften auch noch.

Kein Wunder verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in die regierenden Institutionen und das verantwortliche politische Personal. Wie lange soll man sich denn noch für dumm verkaufen lassen? Schlimm ist allerdings, das vor allem rechte Demagogen mit ihren untauglichen Scheinlösungen und Hassparolen politischen Profit daraus schlagen.

Halten wir fest: Die Abzocker, die Shareholder und ihre Politiker lernen nichts aus den Fehlern der Vergangenheit. Die Wahrheit ist: Sie wollen nichts lernen. Sie wollen ihre radikale Utopie verwirklichen. Die Utopie einer Gesellschaft, in der die Arbeit scheinbar nichts wert ist, damit sich die Besitzenden umso schamloser ihrer Früchte bemächtigen können.

Halten wir aber ebenso fest: Ausschluss, Abschottung, Diskriminierungen und konservative Blut- und Bodenparolen bieten keine wirkliche Lösung für die realen Probleme, auch wenn sie von den rechten Populisten mit mehr oder weniger Kapitalismuskritik garniert werden. Im Gegenteil: Diskriminierungen führen zu einer gespaltenen Gesellschaft, in der die Grundlagen der Solidarität noch mehr zerfallen.

Gegen beides – gegen den neoliberalen Mainstream einerseits, gegen die diskriminierenden Scheinlösungen der Rechten andererseits – hilft nur eines: die sozialen Kämpfe um unsere zentralen Werte Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Solidarität führen und so echte Lösungen für reale Probleme durchsetzen.

Wir wehren uns darum mit allen Mitteln gegen die Entwertung der Arbeit. Wir bestehen darauf, dass Schutzbestimmungen für die Arbeit erhalten bleiben und auch technologische Neuerungen abdecken. Genauso, wie wir uns gegen die im Parlament laufenden Angriffe gegen die Arbeitszeitgesetzgebung stemmen. Genauso, wie wir die verheerenden Abbaupläne der Bürgerlichen bei der AHV bekämpft haben. Genauso, wie wir die Unternehmenssteuer-Reform III mit ihren Steuergeschenken an die Konzerne gebodigt haben. Wir bestehen auf dem Wert der Arbeit. Es ist unsere gewerkschaftliche Aufgabe, diese Kämpfe um die Anerkennung der Arbeit und für die soziale Sicherheit zu führen.

Gewinnen können wir diese Kämpfe für gute Arbeit nur, indem wir über unsere unterschiedlichen individuellen Probleme hinaus immer wieder das Gemeinsame finden. Wenn wir im Stande sind, für gemeinsame Werte und Ziele zu mobilisieren. Einheit und Solidarität in den sozialen Kämpfen – das ist unser Schlüssel zu einer besseren Gesellschaft.

Aber: Einheit und Solidarität – wie können wir das schaffen?

An dieser Stelle möchte ich nun nicht mehr nur als Gewerkschafterin zu euch sprechen. Sondern auch als Frau. Und als Kind einer Immigrantenfamilie. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass Einheit und Solidarität alles andere als eine Selbstverständlichkeit sind. Denn auch wenn sich viele unserer sozialen Kämpfe um Rechte, Lebenschancen, Anerkennung und Sicherheit immer wieder in

der Frage der Arbeit berühren, sind sie doch je nach unserer individuellen Geschichte und Lebenslage sehr verschieden. Ein schlecht verdienendes Immigrantenehepaar steht vor anderen Herausforderungen als ein Flüchtlingskind auf Lehrstellensuche oder eine alleinerziehende Mutter; und dieser stellen sich wieder andere Fragen als einem älteren Handwerker, der auf Grund einer Berufskrankheit arbeitsunfähig wird, oder einer langjährigen Verkäuferin, deren Ladenkette Konkurs geht oder aufgekauft wird.

Wie finden wir denn – angesichts dieser unterschiedlichen Lebenslagen – zur «Einheit»? Wo liegt denn das gemeinsame Interesse? Wie gesagt, die Antwort darauf ist nicht einfach zu finden. Einfacher ist es so zu tun, als ob das jeweils eigene Problem bzw. Anliegen das einzig wichtige und richtige sei. Und doch müssen wir es immer wieder neu versuchen. Dabei gibt es keine Abkürzung über einen «Grundwiderspruch», auf den sich alles andere zurückführen lässt, oder über ein ähnliches fundamentales Konstrukt. Wir müssen die reale Vielfalt der Probleme anerkennen und davon ausgehend Berührungspunkte und Schnittstellen der verschiedenen sozialen Kämpfe erkennen, das Gemeinsame betonen und Widersprüche aushalten. Nur die Einheit in der Vielfalt, macht wirklich solidarisches Handeln möglich. Nur so finden wir Lösungen über den Einzelfall und die Einzelfrage hinaus.

Lasst mich dies erläutern, indem ich nochmals kurz auf die Altersvorsorge 2020 zurückkomme. Als Arbeitnehmende und Gewerkschafterin bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir diesen Kompromiss unterstützen müssen. Er sichert die Finanzierung der AHV und verbessert erstmals seit 40 Jahren die Leistungen dieses sozialsten unserer Sozialwerke, wovon Wenigverdienende am meisten profitieren. Nichtsdestotrotz ist es ungerecht, dass die Frauen mit der Erhöhung ihres Rentenalters den grössten Preis für diese Verbesserungen zahlen müssen.

Wie ist dieser Widerspruch zu lösen? Ich bin als Frau solidarisch bereit, einen Preis für die Verbesserung unserer Altersvorsorge im Interesse aller Arbeitnehmenden zu zahlen. Aber umgekehrt erwarte ich auch von allen Arbeitnehmenden – und von den Männern zuallererst – Solidarität, wenn es darum geht, die schon lange in der Verfassung verankerte Lohngleichheit auch endlich in der Praxis durchzusetzen. Damit wir hier endlich vorwärtskommen, hat die Unia parallel zur Unterstützung der Altersvorsorge 2020 im SGB die Diskussion um die Lancierung einer «Subito-Initiative» lanciert, welche die praktische Durchsetzung der Lohngleichheit garantieren soll.

Für mich ist dies ein Beispiel dafür, wie wir über Widersprüche und Differenzen hinweg den Weg der Solidarität und Einheit finden können. Diesen Weg möchte ich zusammen mit euch gehen: Um unsere gemeinsamen Grundwerte weiterzuentwickeln, und um auf lange Sicht Allianzen zu bauen, welche auch stark genug sind, sie durchzusetzen. Ein starkes Bündnis für gute Arbeit, für soziale Sicherheit und Anerkennung und für Demokratie und Grundrechte.